

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Traktatenschrift
Tageblatt Riesa,
Gernsart Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonten:
Dresden 1590,
Einsparung:
Riesa Nr. 52.

Nr. 79.

Sonnabend, 4. April 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vortägige Anzeigengebühren — hat der Bezahler Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Wiederholung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Abschätzung des Bezugspreises. Relationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Politische Neuwerdung. Eine politische Osterbetrachtung.

Von Dr. H. H. Sak.

Jedes Fest ist Ende und Anfang eines neuen Zeitabschnittes. Zu jedem Feste wird daher der gewissenhafte Mensch eine Bilanz ziehen. Der Politiker die politische Bilanz. Wollte man nun auf die Einzelheiten des vergangenen Zeitabschnittes zurückblicken, so wäre man verpflichtet, alles, was uns noch neu im Gedächtnis liegt, zu wiederholen. Nur das ist von der Vergangenheit zu sagen: Die Bilanzbilanz ist nicht sehr günstig. Und doch erhebt sich in dieser Bilanz eine gewisse Hoffnung zu liegen, so daß es mir leichter fällt, einen, sagen wir vorläufigen optimistischen zu gestalten. Aus dem Wirtschaftskampf und dem politischen und Parlamentarismus schaut für den, der leben will, die Abicht heraus, zu einer Erneuerung, zu einer Neuwerdung zu kommen. Der Wunsch nach einer Aufrechterhaltung ist so lebendig, daß gerade das Osterfest Ausgang dieses Wunsches sein könnte.

Nicht nur die Geschehnisse und Erfahrungen der Vergangenheit zwingen zu einer Erneuerung, zu einer Umwälzung, einer generösen Denkwelt, auch die Vorgänge in den einzelnen Parteien müssen den logischen Schluß zulassen, daß es nicht so weiter gehen kann, sondern neue Grundzüge, neue Richtlinien erforderlich sind, um die Einwirkung der Richtungen in den Parteien zu erreichen. Letzten Endes sind es wohl gerade die Widersprüche in den Parteien selbst, die die klare und logische Politik erschweren. Wir erleben Ueberforderungen, Ueberforderungen, Ueberforderungen der einen Seite, Konzeptionsbedürfnisse der anderen. Und wir mühen uns immer wieder vergeblich, daß Kompromisse die Klarheit verdunkeln und die wichtigsten Entscheidungen, die wiederum Kompromisse forderten, erschweren.

Vielleicht und wahrscheinlich hält der wirtschaftliche Aufstieg, der sich jetzt angebahnt hat, weiter an. Es ist anzunehmen, daß hier eine gewisse Neuwerdung vor sich geht. Dieser aber muß, wenn sie erfolgreich sein will, die politische Neuwerdung folgen. Die Zeit, der Krisen mühte vorbei sein, den harten Kämpfen um Grundzüge, die nicht einmal deutlich zu sehen sind, mühte eine neue Zeit der Klarheit und des geraden Willens folgen. Eine Neuwerdung braucht nicht in dem Verstehen aller Parteien zu liegen, sie kann schon in klarer Haltung und objektivem Willen vorhanden sein.

Und das ist es in der Hauptsache, was wir brauchen: Die Objektivität statt der rücksichtslosen Interessenspolitik, die Einheit der Parteien, daß es nicht nur eine Gruppe von Menschen gibt, sondern vielgestaltige Interessen, die sich reiben und die nicht jede für sich vertreten werden darf. Wollten wir anstelle der Interessenspolitik die Vernunft setzen, so wäre viel gewonnen. Vernunft in der Politik aber kann nur dann einfleßen, wenn die Bindungen an Gruppen aufhören und die Enggelichkeit der Erkenntnis Platz macht, daß wir alle Deutsche sind, alle Rechte und Pflichten haben, alle mit gleichem Maße gemessen werden müssen. Die Politik pflegt Grenzen zwischen Menschen und Gruppen zu ziehen. Und gerade diese Taktik, die in jeder Arbeit in Erscheinung tritt, muß beunruhigen und zwingt die Parteien, sich auf Wege zu verirren, die das einseitige Ziel so leicht erkennen lassen.

Abkehr von der Einseitigkeit, Willen, dem gesamten Volke gerecht zu werden, und damit dem Staate in gewissenhaftigkeit zu dienen, das sollte die Neuwerdung sein, die verlangt wird und die einmal einleuchten muß. Wie würden die Gegensätze sich leicht überbrücken, wenn die Erkenntnis der Aufgabe von einer großen Objektivität geleitet wäre? Dann wäre der Unterschied zwischen den meisten Parteien gar nicht so groß und leicht ein Verbindendes zu bauen. Viele Unwünsche und Kämpfe würden überflüssig werden. Das Volk würde nicht durch politische Gebe beunruhigt. Es könnte mitarbeiten an dem großen Aufbau der Zukunft und sich einfinden in die Entwicklung, die nachgewiesenermaßen doch schließlich die Richtung bestimmt, der so viele Führer zunächst widerstreben. Die Zeit redet eine eisernen Sprache. Sie bedingt immer wieder auch Verdienste zur Umkehr und korrigiert An- und Absichten mit bewiesener Rücksichtslosigkeit. Jede Partei sollte sich daher klar sein, daß einmal das Volk, durch die Entwicklung herangezogen, zu Gericht sitzt, und wenn es nicht so leicht verzeihen würde, erkennen mühte, wie es durch Phrasen statt durch Taten eingelöst und beeinflusst wurde. Einmal bricht die Wahrheit stets durch. Das haben die großen Umwälzungen gezeigt. Einmal muß jede Partei ehrlich Rechnung legen und das gerechte Urteil über sich ergehen lassen: Das haben die Wahlen gezeigt.

Wenn wir von einer politischen Neuwerdung sprechen, so mag das in eingeleisteten Parteienkreisen wenig Beifall finden. Aber wenn soll diese Mahnung erfolgen, wenn nicht zum Feste der Auferstehung? Wann soll man den mühseligen Versuch machen, zu untersuchen, ob nicht doch im tiefen Innern der Parteien sich bereits Wandlungen vollziehen, die zu Hoffnungen berechtigen? Ich denke, wie sehr auch allem Neuen, vor allem jeder Neuwerdung besonders von alten und eingeleisteten Parteimännern widerstrebt wird, die Neuwerdung ist bereits harter Keim in den Parteien. Deutschland ist zu sehr zerfleischt und die Meinung ist zu sehr gespalten, als daß dieser Zustand immer anhalten könnte. Es muß sich die große Neuwerdung vollziehen, es muß aus der Parteienwelt der Wille zu einem Meinungsaustrag kommen. Wer will denn behaupten,

Russen-Verhandlungen kurz nach Ostern in Berlin.

Der Rußkredit bewilligt?

(Berlin. Bei den Besprechungen der deutschen Industrie-Delegation in Moskau mit den Führern der Sowjetwirtschaft wurden ergänzende Verhandlungen in Berlin vereinbart. Diese Verhandlungen werden dem Wörseurkurier zufolge kurz nach Ostern aufgenommen werden. Russischerseits wird nach Berlin eine größere Kommission entsandt, der zahlreiche Sachverständige aus verschiedenen Zweigen der Sowjetindustrie beigegeben werden sollen. Die Sowjetkommission dürfte voraussichtlich vom früheren Staatsbankpräsidenten und jetzigen Leiter der Bundesvereinigung der russisch-finnischen Industrie und dem stellvertretenden Leiter der Berliner Sowjethandelsvertretung Bitter geführt werden, die auch an den Moskauer Besprechungen mit den deutschen Wirtschaftsführern aktiv teilgenommen haben. Die Berliner Verhandlungen werden sich auf die Klärung der näheren Lieferbedingungen für die zusätzlichen Sowjetaufträge erstrecken, wobei gleichzeitig auch gewisse Voraussetzungen für die Ausführung der neuen Sowjetbestellungen geschaffen werden sollen. Nach dem Abschluß dieser Verhandlungen werden die Russen daran gehen, die in Moskau vereinbarten zusätzlichen Aufträge zu vergeben. Die Vergabe dieser Aufträge muß bekanntlich nach den Moskauer Vereinbarungen bis zum 1. Juli ds. Js. erfolgen.

* Moskau (über Kowno), 4. April. (Telumton.) Amtlich wird gemeldet:

Der sowjetrussische Botschafter in Berlin, Ghintschuk, erhielt von der Gruppe der deutschen Industrie, die die Reise nach Moskau gemacht haben, die Mitteilung, daß die Reichsregierung beschließen habe, Rußkredite in Höhe von 500 Millionen Mark der sowjetrussischen Regierung zur Verfügung zu stellen. Die Regierung der Sowjetunion hat den ehemaligen Vorsitzenden der russischen Staatsbank, Platonow, nach Berlin entsandt, um dort mit den zuständigen Kreisen zu verhandeln über die Unterbringung der russischen Bestellungen und über die Bedingungen der Kreditaktion, die in der Form eines Abkommens unterzeichnet werden soll. Platonow ist am Freitag nach Berlin abgereist. Er wird längere Zeit in Berlin bleiben, um die Verhandlungen zu Ende zu führen. Außerdem wird Anfang nächster Woche eine Gruppe von Vertretern der sowjetrussischen Industrie nach Berlin reisen, um die Verhandlungen Platonows zu unterstützen. An den Verhandlungen werden beteiligt sein: Der allgemeine Kohlenbergbauinspektor, der Ernst für Maschinenbau, Vertreter der verarbeitenden Industrie und Vertreter des Handelskommissariats und des Finanzkommissariats, insgesamt wird die Abordnung aus etwa 14 Personen bestehen.

Es war bisher noch nicht möglich, an zuständiger Berliner Stelle eine Bestätigung dieser amtlichen russischen Meldungen zu erhalten.

Jugenbergs Antwort an die Regierung.

(Berlin. Die Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei verbreitet eine Bekanntmachung, in der es u. a. heißt:

In einer am 30. März ds. Js. veröffentlichten Erklärung der Reichsregierung wird u. a. behauptet, daß „nunmehr von deutschnationaler Seite verlange wird, durch Entstellungen im Volke das Vertrauen in die Person und in die Ueberparteilichkeit des Reichspräsidenten zu untergraben.“

Dazu habe ich zu erklären:

1. Die Nürnberger Erklärung, gegen die sich diese Anklage richtet, ist eine Kundgebung der gesamten nationalen Opposition, nicht nur der Deutschnationalen Volkspartei.

2. Das Vertrauen in die Person und in die Ueberparteilichkeit des Reichspräsidenten wird von der Regierung dadurch untergraben, daß sie fortgesetzt Maßnahmen mit der Autorität des Reichspräsidenten zu beschließen, die gegen Billigkeit und Gefühl der großen Mehrzahl seiner ehemaligen Wähler gerichtet sind und deren gefährliche Bedeutung für die Zukunft des deutschen Volkes schon eine nahe Geschichte beweisen wird.

Daß die vielen Parteien eine Existenzberechtigung haben? Schließlich ist niemals ein Mensch wie der andere. Folglich könnte sich jeder seine eigene Partei konstruieren. Aber die Vereinigung zu einem Ziele setzt die Unterdrückung ureigener Persönlichkeitsbedürfnisse voraus. Man will Opfer bringen, wenn man sich an einer Gruppe schlägt und man will Opfer bringen, weil das Hauptziel das gleiche ist. Leider aber wird um dieses Hauptziel zu viel Rankwerk gewonnen. Und das gibt so vielen Parteien die Existenz. Wollte man schlußlos die großen Ziele herausstellen, wie leicht ließe sich leben, daß man um Nebenbedürfnissen sucht und Freunde wie Feinde behandelt.

Man darf die Ansicht nicht unterdrücken, daß die Zeit nicht fern ist, da wir die große Vereinfachung der deutschen Politik erleben, diese Vereinfachung, die die Neuwerdung sein wird. Und aus dieser parteipolitischen Neuwerdung wird sich dann die große Neuwerdung der Politik auszeichnen, denn schließlich ist jede politische Arbeit aus Ansichten von Gruppen entstanden und notgedrungen aus dem Bedürfnis des Staates. Der Staat aber sind die Menschen, die wieder die Parteien bilden. In dieser Menschheit liegt der Wille zur Neuwerdung. Sie will die Auferstehung. Und es braucht nur ausbrechen, was sich heute noch schwächern verbirgt, dann haben wir das Ostern der Politik.

Oster-Gottesfrieden in der Tschechoslowakei.

(Prag. Das tschechoslowakische Rote Kreuz wird am Osterfestabend in den Räumen des Prager Parlaments eine Veranstaltung abhalten, bei der ein dreitägiger „Gottesfrieden“ an das gesamte Gebiet der Republik feierlich verkündigt wird. Verschiedene Kommissions-Delegierte des Internationalen Roten Kreuzes werden daran teilnehmen, da geplant ist, diese Neuwerdung auch in anderen Ländern einzuführen, und die nächste Konferenz des Roten Kreuzes in Tokio sich damit beschäftigen soll. Während des dreitägigen Gottesfriedens

3. Die Nürnberger Erklärung enthält weder „Entstellungen“, noch die Verbreitung unwahrer Behauptungen. Sie enthält lediglich die reine Wahrheit in dem kämpferischen Tone, den der Ernst des Augenblicks erfordert.

4. Ich gebe bei dieser Erklärung von der Gewissheit aus, daß heute im deutschen Volke mein Wort ernstlich angenommen wird, als das so mancher leidenden Persönlichkeiten des heutigen Parteiensystems.

5. Dafür, welche inneren Widersprüche in der These liegen, die Rotverordnungen bezwecke nicht die Bekämpfung der nationalen Opposition oder die Stärkung der sozialdemokratischen Machtposition, sondern die Unterdrückung der Sozialistenpropaganda, verweise ich mich u. a. auf die Ausführungen, die mein Parteifreund Professor Spahr in seinem an den Reichspräsidenten gerichteten Brief macht.

6. Vorgeschichte, Hintergründe und Auswirkungen der neuen Rotverordnungen kennzeichnen sie als einen von Zentrum und Sozialdemokratie gemeinsam unternommenen Versuch, die Gewerkschaftsdiktatur dieser beiden Parteien zu stabilisieren und die nationale Opposition zu schwächen. Dieser Versuch wird gegen seine Urheber anschlagen.
gez. Jugenbergs

Sollen sich alle Zeitungen jeglicher Bolemie enthalten. Gleichzeitig sollen öffentliche Kundgebungen stattfinden, die den großen humanitären Ideen zu dienen haben.

Der Reichsverkehrsminister bei Mussolini.

* Rom. Reichsverkehrsminister von Gundard hat am Freitagmorgen Mussolini im Palazzo Venezia einen Besuch abgestattet. Am Montag ist eine Audienz des Papstes für den Minister vorgesehn. Der „Popolo Romano“ veröffentlicht eine längere Unterredung mit dem Reichsverkehrsminister, in der er sich über die Zusammenarbeit der deutsch-italienischen Flottenfahrt äußert. Italien und Deutschland, so erklärt der Minister, haben gemeinsame Luftfahrtinteressen. Die Uebereinstimmung ihrer Ansichten werde die ständige und nützliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Flugverbindungen wirksam unterstützen.

70 Millionen Dollar Sachschaden in Managua.

(New York. Die „Associated Press“ aus Managua meldet, wird der durch das Erdbeben angerichtete Sachschaden jetzt auf 70 Millionen Dollar geschätzt. Die Lage ist dadurch erschwert worden, daß die unter den Trümmern abfließende Blut durch den starken Wind auf neue zum Brand entzündet wurde. Auch mangelt es an Beförderungsmiteln, da die Einwohner alle verfügbaren Wagen, Automobile und Zugtiere dazu benutzen, ihre Habsgüter aus der Stadt fortzuschaffen. Die Panikstimmung wird auch noch dadurch erhöht, daß Eingeborene aus den Gebirgsgegenden die Gerüchte nach der Stadt bringen, daß der bekannte Rebellenführer Sandino beabsichtigt, die Stadt anzugreifen. Obwohl diese Gerüchte vom amerikanischen Marinekorps nicht ernst genommen werden, sind doch die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden.